

**Antwort der Verwaltung
auf die Anfrage der**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion

für die Sitzung des Rates am 05.12.2008

T H E M A :

**Verwaltungsmitarbeiter/innen mit Migrations-
hintergrund**

ANTWORT ERTEILT:

Erster Stadtrat Suermann

Zu 1):

Die Kriterien des KGSt-Gutachtens zum Integrationsmonitoring – die identisch sind mit denen des Statistischen Bundesamtes – ordnen folgende Personengruppen dem Merkmal „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu:

- zugewanderte Ausländer
- in Deutschland geborene Ausländer
- eingebürgerte Ausländer
- Spätaussiedler
- sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt,

jeweils, soweit diese ihren Wohnsitz in Deutschland haben.

Diese Personen müssen keine eigene Migrationserfahrung haben und leben zum überwiegenden Teil seit ihrer Geburt in Deutschland.

Diese Kriterien werden – auch im Hinblick auf die Bestimmungen des Datenschutzes und des AGG (Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) – gegenwärtig seitens der Verwaltung nicht erfasst.

Aussagen darüber, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung Göttingen arbeiten, sind nicht vorhanden und wären auch theoretisch nur mit einem immensen Verwaltungsaufwand ermittelbar. Hierfür müssten alle ca. 2.300 Beschäftigten der Stadt mit einem besonderen Erhebungsbogen angeschrieben werden und sich tatsächlich an der freiwilligen Erhebung beteiligen. Anschließend müssten die entsprechenden Angaben der Beschäftigten mit den Personalakten abgeglichen und statistisch den verschiedenen Beschäftigungsgruppen sowie den Besoldungs- und Entgeltgruppen zugeordnet werden. Ob auf diese Weise eine aussagefähige und zielführende Datenbasis geschaffen werden könnte, erscheint zudem fraglich.

Die Verwaltung beabsichtigt aber, künftig möglichst noch mehr als bisher Bewerbungen mit Migrationshintergrund ins Blickfeld zu nehmen.

Zu 2):

Eine Umfrage bei anderen Städten ist noch nicht abgeschlossen. Hierüber kann voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Gleichstellungs- und Personalausschusses Näheres berichtet werden.